

**Datum:** 28.07.2004  
**Ressort:** Lokales  
**Autor:** Eva Dorothee Schmid  
**Seite:** 15

## Abgeordnete wollen wissen, was Manager verdienen

### Parlament fordert mehr Transparenz in Landesunternehmen

Die Parteien im Abgeordnetenhaus sind sich einig: Sie verlangen mehr Transparenz bei den Managergehältern in landeseigenen Unternehmen und fordern vom Senat, dass die Gehälter individuell offen gelegt werden. Im Senat ist Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) dafür, Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) dagegen.

Die Fraktionen von SPD und PDS stimmen ausnahmsweise mal mit der Opposition überein. "Wir wollen die Gehälter der Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder offen legen, weil wir mehr Transparenz in den öffentlichen Betrieben brauchen", sagte der PDS-Abgeordnete Benjamin Hoff. Auch Daniel Buchholz von der SPD-Fraktion spricht sich dafür aus. "Im Konfliktfall kommen die Gehälter sowieso raus, da kann man sie auch gleich offen legen", sagte Buchholz. Außerdem bräuchten sowohl die Öffentlichkeit als auch die Abgeordneten die Informationen, damit sie ihre Kontrollfunktion wahrnehmen können. Die SPD-Fraktion hat deshalb zusammen mit dem Koalitionspartner PDS einen Antrag eingebracht, in dem der Senat dazu aufgefordert wird, die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu übernehmen. Dort heißt es, dass die individuellen Managergehälter offen gelegt werden sollen. Über den Antrag wird nach der Sommerpause im Abgeordnetenhaus entschieden.

#### Senator Wolf verlangt Transparenz

Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) schließt dagegen eine Änderung des jetzigen Verfahrens aus. "Wir orientieren uns mit dem, was wir bei den öffentlichen Unternehmen tun, an dem bundesweit Üblichen", sagte er der Berliner Zeitung. Der Senat lege in seinem Beteiligungsbericht jeweils die Summe der Geschäftsführungs- beziehungsweise Vorstandsgehälter offen, aber nicht die individuellen Einzelheiten. "Darüber herrscht im Senat Einigkeit", sagte Sarrazin. "Neiddebatten wollen wir vermeiden." Doch mit der Einigkeit im Senat ist es nicht so weit her. Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) sagte der Berliner Zeitung, er befürworte die individuelle Offenlegung der Managergehälter. "Das schafft eine sinnvolle Transparenz und ist eine Forderung des Corporate Governance Kodex, der auch für öffentliche Unternehmen gelten sollte", so Wolf. Die Oppositionsparteien wollen jedenfalls die genauen Zahlen kennen. Der CDU-Abgeordnete Alexander Kaczmarek sagte, mindestens das Parlament müsse über die Gehälter in Kenntnis gesetzt werden. Auch FDP, Grüne und die Gewerkschaft Verdi möchten Bescheid wissen. "Je öffentlicher und transparenter die Gehälter sind, desto weniger Neid gibt es, weil dann klarer ist, ob die Zahlungen angemessen sind oder nicht", sagte Verdi-Vertreter Burkhardt Thiemann.

Transparenz sei ein Mittel der Disziplinierung und Sorge für einen sorgfältigeren Umgang mit den Manager-Bezügen, sagte Peter von Blomberg, Vorstandsmitglied der Organisation

Transparency International, die sich der Korruptions-Bekämpfung widmet. "Die Offenlegung ist sinnvoll, um Auswüchse zu vermeiden", so von Blomberg.

Doch das Parlament will noch mehr ändern. FDP, CDU und Grüne fordern darüber hinaus eine leistungsabhängigere Bezahlung der Manager. "Es sollte nur ein symbolisches Festgehalt geben, 90 Prozent müssen leistungsabhängige Variablen sein", forderte der FDP-Fraktionsvorsitzende Martin Lindner. Die derzeitigen Fixgehälter seien viel zu hoch. "Wer einen Top-Job macht, kann dann auch viel Geld verdienen. Mehr als das jetzt der Fall ist", sagte Lindner. Auch CDU-Fraktionschef Nicolas Zimmer sprach sich für erfolgsabhängige Gehälter aus.

Prämien gibt es in einigen Unternehmen schon jetzt, zum Beispiel bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. "Das Problem ist aber, dass die Pauschale auf das Niveau des bisherigen Gehaltes gesetzt und eine erfolgsabhängige Prämie draufgelegt wurde", kritisierte der PDS-Abgeordnete Hoff. Selbst wenn die Manager keinen Erfolg hätten, merkten sie das nicht im Portmonee. "Misserfolg muss auch wehtun", forderte Hoff.

Der Grünen-Haushaltsexperte Oliver Schruoffeneger kritisierte, dass nicht klar festgelegt sei, was Erfolg ist und wann es demnach die Prämie gebe. Der Abgeordnete: "Bisher galt alles als Erfolg, wenn das Unternehmen nicht gerade in Insolvenz ging, und die Erfolgsprämien wurden immer an alle ausgezahlt."

-----  
Spitzengehälter // BVG: Der Vorstandsvorsitzende Andreas Graf von Arnim bekommt im Jahr rund 260 000 Euro brutto. Die acht Direktoren erhalten jeweils zwischen 143 000 und 191 000 Euro.

BSR: Vorstandschef Gerhard Gamperl verdient zwischen 280 000 und 300 000 Euro.

Vivantes: Nach dem Beteiligungsbericht des Landes Berlin erhielten die drei Geschäftsführer im Jahr 2001 zusammen 600 000 Euro. Inzwischen wurde die Geschäftsführung auf vier Personen erweitert, neuere Zahlen hat der Senat aber nicht veröffentlicht. Nach Einschätzung des Parlaments erhält Vivantes-Chef Wolfgang Schäfer rund 250 000 Euro im Jahr.

Degewo: Die Vorstandsgehälter bei der Wohnungsbaugesellschaft liegen zwischen 140 000 und 200 000 Euro im Jahr. Geschäftsführer Frank Bielka verdient rund 180 000 Euro.

-----  
"Durch die Offenlegung der Gehälter kann man Auswüchse vermeiden." P. von Blomberg, Transparency International

-----  
Foto (2): Wolfgang Schäfer, Chef bei Vivantes

Andreas Graf von Arnim, Vorstandsvorsitzender BVG

---

<http://www.BerlinOnline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2004/0728/lokales/0007/index.html>  
[www.BerlinOnline.de](http://www.BerlinOnline.de) © 2004 BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, 29.07.2004